

Europäische Identität und universalistisches Handeln

Nachfragen an Jürgen Habermas

In einer von Jürgen Habermas initiierten konzertierten Aktion plädierten am 31. Mai 2003 sieben Intellektuelle von Rang in führenden europäischen Zeitungen für ein neues Selbstbewusstsein der Europäer: Zusammen mit seinem langjährigen philosophischen Kontrahenten Jacques Derrida veröffentlichte Jürgen Habermas einen Aufruf unter dem Titel „Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas“ in der Frankfurter „Allgemeinen Zeitung“ sowie der Pariser „Libération“ (vgl. Dokumente zum Zeitgeschehen); des Weiteren schrieb Adolf Muschg in der „Neuen Zürcher Zeitung“ und Umberto Eco in „La Repubblica“, Gianni Vattimo in „La Stampa“ sowie Fernando Savater in „El País“ und Richard Rorty in der „Süddeutschen Zeitung“.

Die von Habermas entworfene Konzeption eines voranschreitenden „Kerneuropas“, das den europäischen Einigungsprozess als „Lokomotive“ vorantreiben und ein Gegengewicht zur amerikanischen Hegemonialmacht bilden soll, löste intensive Debatten aus – nicht zuletzt über die Gefahr einer sich verfestigenden Spaltung zwischen Europa und den USA. An dieser Stelle antwortet Jürgen Habermas erstmalig auf einige wesentliche Einwände. Die Fragen stellte Albrecht von Lucke. – D. Red.

„Blätter“: Liest man Ihren Aufruf im Zusammenhang mit Ihrem Artikel „Was bedeutet der Denkmalsturz?“ (FAZ, 17.4.2003), entsteht der Eindruck, dass Sie vom Ende der USA als normativer Avantgarde des 20. Jahrhunderts ausgehen und Europa als neue territoriale und moralische Autorität für das anbrechende 21. Jahrhundert proklamieren. Wenn aber das Anliegen dem Zweck dienen soll, Europa als maßgeblichen Akteur auf der Weltbühne zu positionieren, drohen dann – durch die Hervorhebung europäischer Besonderheiten – nicht kontraproduktive Folgen für den Westen im Allgemeinen und das Verhältnis von Europa und den USA im Besonderen?

Jürgen Habermas: Die hegemoniale Vision, die nicht nur die Rhetorik, sondern das Handeln der gegenwärtigen amerikanischen Regierung bestimmt, steht im Widerspruch zu den liberalen Prinzipien der neuen Weltordnung, die noch der Vater des jetzigen Präsidenten im Munde geführt hat. Wenn Sie mir einen biographischen Hinweis gestatten: Schon als Schüler bin ich politisch ganz im Geiste der Ideale des amerikanischen und französischen 18. Jahrhunderts sozialisiert worden. Wenn ich heute sage, dass jene moralische Autorität, die die USA in der Rolle eines Anwalts der globalen Menschenrechtspo-

litik erworben hat, in Scherben liegt, dann klage ich doch nur – wie seinerzeit beim Protest gegen den Vietnamkrieg – deren eigene Prinzipien ein. Unsere Kritik bemisst sich an den besseren Traditionen der Vereinigten Staaten selber. Aber daraus wird mehr als eine melancholische Klage nur dann, wenn sich Europa auf seine eigenen Kräfte besinnt.

Die Definition Europas

„*Blätter*“: Sie definieren sieben identitätsstiftende Merkmale Europas (Säkularisierung, Staat vor Markt, Solidarität vor Leistung, Technikskepsis, Bewusstsein für die Paradoxien des Fortschritts, Abkehr vom Recht des Stärkeren, Friedensorientierung aufgrund geschichtlicher Verlusterfahrung). Diese europäische Identität scheint vor allem auf der Kontrastfolie USA gewonnen. Wird dieser Gegensatz angesichts der gemeinsamen universalistischen Grundorientierungen und angesichts anderer Gegenbilder, beispielsweise des fundamentalistischen Gottesstaates, nicht überbetont?

Habermas: Dass zwischen Iran und Deutschland ein Unterschied der politischen Mentalität besteht, muss man niemandem erklären. Aber wenn die EU im Hinblick auf die universalistische Ausgestaltung der internationalen Ordnung gegen die USA einen konkurrierenden Entwurf zur Geltung bringen will, oder wenn wenigstens aus der EU heraus ein politisches Gegengewicht gegen den hegemonialen Unilateralismus entstehen soll, dann muss Europa Selbstbewusstsein und ein eigenes Profil gewinnen. Es muss sich profilieren – nicht gegen „den“ Westen, der wir selber sind, auch nicht gegen die liberalen Traditionen der ältesten Demokratie, die ja ihre Wurzeln in Europa haben. Es muss sich gegen die gefährliche Weltanschauungspolitik von Leuten wenden, die unter ziemlich kontingenten, ja zweifelhaften Umständen an die Regierung gekommen sind und hoffentlich bald wieder abgewählt werden. Diesen Zufälligkeiten sollten wir nicht durch große Theorien einen tieferen Sinn beizulegen versuchen.

„*Blätter*“: Ist die starke Kriegsbefürwortung in den USA vornehmlich auf fundamentale Mentalitätsunterschiede zurückzuführen oder nicht vielmehr auf mediale Beeinflussung?

Habermas: Was politische Verführbarkeit angeht, Empfänglichkeit für Propaganda des großen Bruders, sitzen wir alle im Glashaus. Die Mobilisierung der Bevölkerung und die gleichgeschaltete mediale Ausbeutung des nur zu verständlichen Schocks vom 11. September hat vielleicht mit den historischen Erfahrungen einer bislang verschonten Nation zu tun, aber nicht unmittelbar mit Mentalitätsunterschieden. Ich fahre seit 1965 regelmäßig in die USA und bleibe dort oft für ein Semester. Nach meinem Eindruck war der Spielraum für offene politische Kontroversen noch nie so eingeschnürt wie heute. Dieses Maß an regierungsoffizieller Stimmungsmache und patriotischem Konformismus hatte ich nicht für möglich gehalten, nicht im liberalen Amerika. Allerdings sind die zentrifugalen Kräfte auf diesem multiethnischen Kontinent auch noch nie so stark gewesen. Und seit '89 fehlt ein äußerer Feind, der

die latente Funktion hat, innere Gegensätze zu unterdrücken. Manche Leute in Washington werden es begrüßen, dass der Terrorismus diese Rolle wieder übernimmt.

Wer gehört zu Europa?

„Blätter“: Die zentrale Rolle im zukünftigen europäischen Einigungsprozess schreiben Sie Kerneuropa zu. Wer aber gehört dazu? Wer sollte künftig die treibende Rolle im Sinne des Nizza-Mechanismus übernehmen?

Habermas: Das „rollende“ Projekt, mit einer symbolkräftigen und mentalitätsbildenden, übrigens leicht zu institutionalisierenden gemeinsamen Außenpolitik Ernst zu machen, müsste von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Staaten ausgehen. Als Nächste müssten Italien und Spanien umworben werden. Nicht die Bevölkerungen, die Regierungen sind einstweilen das Problem. Die griechische Regierung dürfte für ein gemeinsames Vorgehen offen sein.

„Blätter“: Welche Rolle kommt zukünftig Osteuropa zu? Verläuft bereits hier die Trennlinie zwischen Europa und dem „Rest“ mangels geteilter Erfahrungen der vergangenen 50 Jahre? Werden die osteuropäischen Beitrittsländer so nicht langfristig exkludiert?

Habermas: Das ist der nächstliegende Einwand. Aber wie kann, wenn doch die Türen zum Beitritt auch in dieser Hinsicht weit offen stehen, von „Ausschluss“ die Rede sein? Ich habe Verständnis für die geistige Verfassung von Nationen, die sich ihrer soeben erst wieder erlangten Souveränität erfreuen, auch Verständnis für die Konsequenz, die ein Freund wie Adam Michnik aus Anlass des Irakkrieges aus der großartigen historischen Erfahrung der Befreiung von sowjetischer Fremdherrschaft zieht. Das ist doch nicht gleich bedeutend mit „Exklusion“! Hier sind drei Tatsachen zu berücksichtigen. Erstens ist das wechselnde Tempo der Einigung Europas immer von dem lokomotiven Einverständnis zwischen Frankreich und Deutschland bestimmt worden. Beispielsweise stagnierte zwischen Schröder und Jospin der ganze Prozess. Zweitens gibt es bereits, wie die Eurozone zeigt, ein Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten. Großbritannien wird sich auf absehbare Zeit und aus freien Stücken der Währungsunion nicht anschließen. Schließlich ist die Forderung nach einer gemeinsamen Außenpolitik weniger eine Initiative als eine aus der Not geborene Reaktion. Das lässt sich nicht besser ausdrücken als mit der Alternative von Richard Rorty: „Demütigung oder Solidarität“. Auch die Osteuropäer sollten das nicht als Exklusion verstehen, sondern als Aufruf zur Solidarität mit dem übrigen Europa.

„Blätter“: Welche Bedeutung für Europa kommt in ihrer Definition England zu? Läge England, trotz der gewaltigen Anti-Kriegs-Demonstrationen, aufgrund seiner mentalen Prägungen nicht näher bei Amerika als bei Europa, wenn man einem kontinentaleuropäisch-deontologisch geprägten Europa den angelsächsisch-utilitaristisch geprägten Raum gegenüberstellt?

Habermas: So eng ist nun der Zusammenhang zwischen philosophischen Traditionen und der langfristigen Ausrichtung nationaler Politiken auch wieder nicht. Die Entstehung der Europäischen Union war für Großbritannien immer schon ein Problem – und wird es auf absehbare Zeit bleiben. Aber Blairs vollmundige Parteinahme für eine unipolare Welt ist nur eine Position unter mehreren. Wie man im liberalen „Prospect“ nachlesen kann, ist die *special relationship* in England selbst keineswegs unumstritten. Außerdem beruht Blairs Nibelungentreue zu Bush, wenn ich Recht sehe, auf ganz falschen Prämissen – das wird man auch in England merken. Die Engländer haben, wenn ich verallgemeinern darf, eine andere Vorstellung von der künftigen EU als Deutsche oder Franzosen. Diese Differenz besteht unabhängig von Bush-Doktrin und Irakkrieg. Nach meiner Meinung tut es Europa nicht gut, diesen Konflikt weiterhin unter den Teppich zu kehren.

„Blätter“: Wenn Sie Ihre Vorstellung von Verfassungspatriotismus bisher auf eine gemeinsame Geschichte bezogen haben, so doch immer mit der ausdrücklichen Warnung vor Exklusivität und mit der Forderung nach Einbeziehung des Anderen. Müsste europäische Identität im Sinne eines europäischen Verfassungspatriotismus deshalb nicht stärker universalistisch und offen gestaltet sein?

Habermas: Dass sich der Verfassungspatriotismus in der Anbetung abstrakter Grundsätze erschöpfen solle, ist das tendenziöse Missverständnis von Gegnern, die lieber etwas handfest Nationales hätten. Ich kann der Versuchung nicht widerstehen, aus einem langen Interview mit Jean Marc Ferry zu zitieren, das ich schon 1988 über das Konzept der Verfassungspatriotismus geführt habe (vgl. *Die nachholende Revolution*, Frankfurt a. M. 1990, S. 149-156): „Derselbe universalistische Gehalt muss jeweils aus dem eigenen historischen Lebenszusammenhang angeeignet und in den eigenen kulturellen Lebensformen verankert werden. Jede kollektive Identität, auch die postnationale, ist sehr viel konkreter als das Ensemble moralischer, rechtlicher und politischer Grundsätze, um das sie sich kristallisiert.“ Im Kontext einer europaweiten politischen Öffentlichkeit und Kultur müssen die Bürger ein ganz anderes politisches Selbstverständnis entwickeln, als es sich etwa in der amerikanischen Zivilreligion ausdrückt.

Zur Entstehung einer europäischen Identität

„Blätter“: Anders gefragt: Läuft diese auf historisch gewachsene Kollektivmentalitäten abstellende Bestimmung von Identität nicht Gefahr, als substanzialistisch begriffen zu werden?

Habermas: Na, die Gefahr ist wohl eher, dass die europäischen Gemeinsamkeiten zu wenig Substanz haben.

„Blätter“: In diesem Sinne: Was sind die konkreten europäischen Erfahrungen, „die das Bewusstsein eines gemeinsam erlittenen und gemeinsam zu gestaltenden politischen Schicksals stiften“ sollen?

Habermas: Man lernt ja meistens aus negativen Erfahrungen. In meinem

FAZ-Artikel vom 31. Mai habe ich an die Religionskriege, an Konfessions- und Klassengegensätze erinnert, an den Abstieg von Imperien, den Verlust von Kolonialreichen, an die destruktive Kraft des Nationalismus, an den Holocaust – und an die Chancen, die mit einer Verarbeitung solcher Erfahrungen verknüpft sein können. Die EU selbst ist ein Beispiel dafür, wie die europäischen Nationalstaaten ihre bellizistische Vergangenheit produktiv verarbeitet haben. Wenn dieses Projekt, das nun in die Phase der Verfassungsgebung eingetreten ist, nicht scheitert, könnte die EU sogar als Modell für Formen des „Regierens jenseits des Nationalstaates“ dienen.

„Blätter“: Unterscheiden sich die historischen Erfahrungen innerhalb Europas, schon zwischen „altem und neuem Europa“, dann aber auch in jedem Einzelfall, nicht in hohem Maße voneinander?

Habermas: Das ist sicher richtig. Aber das Trennende muss ja nicht wie bisher das Gemeinsame überwiegen. Wer sich einen gewissen historischen Sinn bewahrt hat, kann sich ein Europa ohne Prag, Budapest und Warschau gar nicht vorstellen – genauso wenig wie eines ohne Palermo. Die Historiker beschreiben jenen in Sizilien und Süditalien herrschenden Friedrich II. nicht ohne Grund als den ersten „modernen“ Regenten.

„Blätter“: Wie lässt sich Ihre Forderung, „die Bevölkerungen müssen ihre nationalen Identitäten gewissermaßen ‚aufstocken‘ und um eine europäische Dimension erweitern“, konkretisieren?

Habermas: Wenn die Mitgliedstaaten in einem gemeinsamen Währungsraum auch politisch zusammen wachsen sollen, werden wir nicht ohne eine Harmonisierung der Steuerpolitik und nicht einmal ohne eine Abstimmung der verschiedenen sozialpolitischen Regime auf Dauer auskommen. Weil damit Umverteilungen verbunden sein werden, ist das die härteste Nuss. Und die werden wir nicht knacken, solange nicht Portugiesen und Deutsche, Österreicher und Griechen bereit sind, sich gegenseitig als Bürger desselben politischen Gemeinwesens anzuerkennen. Auch auf nationaler Ebene ist ja die abstrakte, weil allein rechtlich vermittelte Solidarität unter Staatsbürgern relativ dünn. Aber in der Bundesrepublik hat dieser dünne Boden auch nach 40 Jahren der Trennung die Belastung massiver und immer noch andauernder Transferzahlungen von West nach Ost ausgehalten. In Europa wird eine noch viel „dünnere“ Solidarität ausreichen – aber diese Art von staatsbürgerlichem Zusammengehörigkeitsgefühl ist schon nötig. Dafür waren vielleicht die gewaltigen Demonstrationen, die am 15. Februar gleichzeitig in London und Rom, Madrid und Berlin, Barcelona und Paris stattgefunden haben, ein Schrittmacher.

Welche Politik sollte Europa anvisieren?

„Blätter“: Sie postulieren die europäische Beförderung globaler Innenpolitik auf dem Wege der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Worauf soll die europäische Handlungsmächtigkeit der Zukunft konkret beruhen, wenn nicht, wie von anderer Seite befürwortet, auf militärischen Anstrengungen?

Habermas: Ganz ohne militärische Anstrengung wird es auch nicht gehen. Der Irakkonflikt hat die Dringlichkeit einer überfälligen Reform der Vereinten Nationen zu Bewusstsein gebracht. Die G 8-Gipfel sind zum Ritual erstarrt. Vor allem denke ich daran, dass auch eine globale Freihandelspolitik der Steuerung und Gestaltung bedarf, wenn sie nicht einer Seite asymmetrische Vorteile bringen und ganze Volkswirtschaften ruinieren soll. Die Staaten der Eurozone könnten ihre Anteile am Weltwährungsfond, an der Weltbank und an der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich *bündeln*, um ihren Einfluss in vielen Fragen – von der Ordnung auf den globalen Finanzmärkten angefangen, über Handelskonflikte bis zu einer Angleichung von Parametern der Steuerpolitik – zur Geltung zu bringen. Auf diesem Gebiet bin ich kein Experte, wie Sie wissen. Aber es ist doch nicht so, dass es zur neoliberalen Vernunft des bestehenden Weltwirtschaftsregimes oder gar zu der Lesart, in der diese jeweils von Washington vertreten wird, keine vernünftige Alternative gäbe.

„*Blätter*“: Wenn Sie auf die Demonstrationen vom 15. Februar als Geburtsstunde einer neuen europäischen Öffentlichkeit verweisen, dann sprechen Sie von London und Rom, Madrid und Barcelona, Berlin und Paris. Waren die Proteste, die von Djakarta bis Washington reichten, nicht noch mehr, also eher ein Manifest einer neuen Weltöffentlichkeit?

Habermas: Ich glaube, dass die Motive und Gründe für den Protest im Westen auf der einen, im – islamischen – Osten auf der anderen Seite, nicht dieselben waren. Und eine punktuelle – also um bestimmte Themen zeitweise zentrierte – Weltöffentlichkeit hat sich seit dem Vietnamkrieg immer wieder einmal hergestellt, interessanterweise meistens aus Anlass von Kriegen oder Massakern. Worin sich die Menschen über kulturelle Grenzen hinweg am ehesten einig zu sein scheinen, ist die spontane Empörung über die sichtbare Verletzung von Menschenrechten. Allerdings finden, wie Ruanda und der Kongo zeigen, nicht alle Greuel die gleiche Aufmerksamkeit.